Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30. Postfach Nr. 48.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1830. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 82. **Donnerstag, 5. April 1928, abends.** **81. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennige durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag notfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige illustrierte Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ahlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das russische Agrarproblem.

Die Entwicklung der üblen Donez-Affäre hat die Tatsache gelehrt, daß diese Vorfälle, die naturgemäß in Deutschland recht böses Blut machen mußten, zum größten Teil wenigstens Produkte der innerpolitischen Sorgen Moskaus sind. In der Tat gibt es zur Zeit für die russische Sowjetregierung kein schwerwiegenderes Problem als die Stabilisierung der inneren Verhältnisse.

Im Mittelpunkt all dieser Bemühungen Moskaus steht die Agrarfrage. Dieses Problem hat sich im Verlauf der letzten Monate zu einer der schwerwiegendsten Sorgen der russischen Innenpolitik entwickelt. Hier hat man zunächst zu beachten, daß Ende des vorigen Jahres von der russischen Parteizentrale ein Programm ausgearbeitet wurde, das bis in die Einzelheiten die geforderte Agrarreform aufzeichnet. Diese Richtlinien der russischen Parteizentrale waren sehr radikal gehalten, nicht deswegen, weil man gesonnen war, einen kräftigen Schlag gegen den russischen Bauernstand zu führen, sondern nur, weil diese radikale Tendenz benötigt wurde, um den extremen Forderungen der damals noch existierenden russischen Opposition unter Trotzki und Sinowjeff den Wind aus den Segeln zu nehmen. So hatten diese Richtlinien der Moskauer Parteizentrale den Hauptzweck, durch Konzessionen an die Opposition die Einheit innerhalb der russischen kommunistischen Partei wiederherzustellen. Das Ziel dieser Richtlinien ist erreicht worden, zwar nicht durch die Verwirklichung einer Einigung zwischen Opposition und Parteimehrheit, aber doch insofern durch eine Einigung, als die Opposition völlig ausgemerzt wurde. Wichtig für die Beurteilung der ganzen Verhältnisse ist die Tatsache, daß dieses Agrarprogramm der Parteileitung ein papiernes Programm blieb, das niemals ausgeführt wurde. Die große Masse der russischen Bauern ist niemals von diesen radikalen Richtlinien in der Praxis betroffen worden. Diese Schonung des russischen Bauernstandes ergab sich nicht aus einer wirtschaftlichen Einsicht der russischen Staats- und Parteifunktionäre, sondern nur aus der Erkenntnis, daß mit Gewalt bei den hartköpfigen russischen Bauern einfach nichts auszurichten ist.

Immerhin mußten sich die Moskauer Sowjetgewaltigen sagen, daß die Aufstellung eines Programms auch gewisse Verpflichtungen zu seiner Durchführung in sich trägt. So mußten sie sich wohl oder übel dazu entschließen, wenigstens irgendetwas zu unternehmen, was man als einen Beginn der Durchführung einer Agrarreform bezeichnen konnte. Das sorgsamste Bestreben der Sowjets bei ihrer praktischen Behandlung der Agrarfrage blieb das Bemühen, um jeden Preis innerpolitische Komplikationen zu verhindern. Man begann also bei der Durchführung der Agrarreform dort, wo solche innenpolitischen Auswirkungen nicht zu befürchten waren, — bei den Großbauern. Zahlenmäßig spielen diese russischen Großbauern keine bestimmende Rolle. Moskau konnte sie also recht hart anfassen, da von vornherein anzunehmen war, daß die große Masse der Klein- und Mittelbauern, die sorgsam geschont wurden, dem Protest der reichen Gutsbesitzer sich nicht anschließen würden. Diese Annahme trog auch nicht. Der Schlag gegen die Großbauern konnte geführt werden, ohne daß auf dem Lande irgendwelche Komplikationen politischer Art eintraten.

Das Vorgehen Moskaus gegen die reichen Gutsbesitzer hat aber andere Folgen gezeitigt, die nicht minder bedenklich sind. Mit der Vernichtung des russischen Großbauernstandes, also mit der Beseitigung der landwirtschaftlichen Existenzen, die wirklich leistungsfähig waren, ist auch die Versorgung der Städte, die sich in der Hauptsache auf die Produktion dieser bäuerlichen Großbetriebe aufbaute, in eine schwere und sehr bedenkliche Mitleidenschaft gezogen worden. Um die geschaffene Situation in ihrem vollen Ausmaß zu erfassen, halte man sich vor Augen, daß die russischen Klein- und Mittelbauern durchweg nur für ihren Eigenbedarf produzieren, was besagt, daß von den Klein- und Mittelbauern Rußlands die Versorgung der stark bevölkerten und industriereichen Großstädte nicht sicher gestellt werden kann. Ueber diese Sorgen über die mangelhafte Belieferung der Großstädte hinaus wird auch der gesamte russische Exportplan landwirtschaftlicher Produkte äußerst gefährdet. Daß sich eine solche Stockung der russischen Lebensmittelausfuhr wirtschaftlich für das gesamte Land aufs bedenklichste auswirken muß, ist eine Selbstverständlichkeit.

Eine Steigerung der Produktion der kleineren bäuerlichen Grundbesitze in Rußland kommt schon deshalb schwerlich in Frage, weil der russische Kleinbauernstand durch die hohen Steuerlasten und die exorbitant hochgeschraubten Kulturabgaben gleichfalls einer schweren Belastung ausgesetzt ist. Zu diesem tatsächlichen Unvermögen einer Mehrproduktion tritt auch das sichtliche Mißtrauen der Kleinbauern gegenüber dem Moskauer Regierungssystem hinzu. Dieses Mißtrauen ist bedingt durch die Kriegsgefahrpsychose, die von den Moskauer Sowjets aus propagandistischen Gründen großgezüchtet wird, dann auch durch die Nichterfüllung des Versprechens, landwirtschaftliche Maschinen und Manufakturwaren auf das Land zu schicken, schließlich auch durch die Furcht der Kleinbauern vor konfiskatorischen Maßnahmen, die ja, wie das Beispiel mit den Großbauern lehrte, nicht außerhalb des Bereiches der Wahrscheinlichkeit liegen. Dieses Mißtrauen der kleinbäuerlichen Besitzer wirkt sich natürlich auch aus in den äußerst geringen Mengen von Agrarprodukten, die dem Staat zur Verfügung gestellt werden.

Aus all diesen Verhältnissen kann man ersehen, daß die russische Agrarfrage ein Problem ist, die das Sein oder Nichtsein der heute geltenden russischen Staatsform entscheiden kann. Man wird daher die großen Sorgen Moskaus über die richtige Lösung dieser vitalsten Frage recht wohl begreifen können.

Die britische Antwortnote an Aegypten.

)(**Kairo.** Der englische Oberkommissar für Aegypten, Lord Lloyd, hat dem ägyptischen Premierminister Nahas Pascha die Antwort der englischen Regierung auf die ägyptische Note vom 30. März übermittelt.

Die britische Regierung erklärt, sie könne die von Nahas Pascha in seiner Note vertretene Auffassung über die Beziehungen zwischen Großbritannien und Aegypten und die daraus sich ergebenden Verpflichtungen für beide Teile als zutreffend nicht anerkennen. Die englische Note gibt dann eine Schilderung der staatsrechtlichen Lage nach englischer Auffassung und stellt fest, daß die englische Erklärung vom 28. Februar 1922 die darin zugestandene Unabhängigkeit Aegyptens von vier Vorbehalten abhängig gemacht hat. Danach habe England sich vorbehalten, folgende Fragen gänzlich nach eigener Entscheidung zu regeln: 1. den Schutz der Verkehrswege des britischen Reichs in Aegypten, 2. die Verteidigung Aegyptens gegen alle Angriffe und direkten oder indirekten Einmischungsversuche vom Auslande her, 3. Schutz der ausländischen Interessen in Aegypten sowie der Minderheiten, 4. die Frage des Sudans. Diese Vorbehalte sollten in Kraft bleiben, bis über die betreffenden Fragen eine Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen zustande gekommen sei. Die englische Regierung, erklärt die Note, habe in dem Vertrage, über den sie mit dem vorigen ägyptischen Premierminister verhandelt habe, ein Mittel zur Lösung dieser Fragen gesehen. Da aber der Vertrag von Aegypten zurückgewiesen worden sei, bleibe der status quo ante bestehen, und die englische Regierung behalte sich hinsichtlich der vier angeführten Punkte jede Entscheidung vor. Die ägyptische Regierung könne eine unabhängige Regierungsgewalt nur unter der Voraussetzung ausüben, daß sie den englischen Wünschen nachkomme.

Neuer Wahabitenvormarsch gegen den Irak.

)(**Basra.** Da eine neue Wahabitenarmee von 4000 Mann gegen den Irak im Anmarsch ist und, wie verlautet, die Grenze schon beinahe erreicht hat, werden die englischen Fliegertruppen und die Panzergeschwader im Irak in Alarmbereitschaft gehalten.

Seeckt über neuzeitliche Heere.

* **Berlin.** Der frühere Chef der Heeresleitung, Generaloberst v. Seeckt, hielt in der Deutschen Gesellschaft von 1914 einen Vortrag über: „Neuzeitliche Heere", in dem er einen eingehenden Ueberblick über die moderne Kriegführung gab. Seeckt führte in seinem hochinteressanten Vortrag, der mit vieler Berechtigung auch manche Versäumnisse rügte, die bei uns in Deutschland zu verzeichnen sind, unter anderem aus: Es wäre frivol, die **Gefahren und Schrecken des Luftangriffes auf das Hinterland,** besonders in Verbindung mit der Verwendung von Gas, zu leugnen oder beschönigen zu wollen. Die tätige Abwehr fällt der Luftwaffe selbst zu, die als beste Gegenwirkung den Angriff in das feindliche Land tragen oder den Angreifer vernichten muß. Als neues Erfordernis gegen diese Art der Kriegsgefahr entsteht die Vorsorge für die passive Sicherheit der Lebenszentralen eines Landes. Sie ist aber sehr kostspielig und unbequem. **Es ist schwer zu verstehen, daß bei uns in Deutschland, dem die aktive Luftverteidigung versagt ist, für diesen passiven Schutz nichts, aber auch gar nichts geschieht.**

Ob ein Krieg mit dem gegenseitigen **Angriff der Luftflotten** beginnen wird, weil sie die am schnellsten verwendungsbereiten und an den Feind zu bringenden Kräfte sind, ist schwer zu beantworten. Ohne Zweifel sind zunächst nicht die Hauptstadt und die Kraftquellen, sondern die gegnerischen Luftkräfte das Angriffsziel, und erst nach deren Ueberwindung richtet sich der Angriff gegen die anderen Ziele. Bei annähernd gleichen Kräfteverhältnissen wird es nicht schnell zu einer endgültigen Entscheidung kommen.

Die Störung der personellen und materiellen Mobilmachung ist eine der Hauptaufgaben des Fliegerangriffes. Der durch die Luftwaffe eingeleitete Angriff wird von verwendungsbereiten Truppen, also im wesentlichen dem Friedensheer, mit möglichster Beschleunigung übernommen werden. Je hochwertiger dieses Heer ist, je größer seine Beweglichkeit, je entschlossener und befähigter seine Führung, um so größer ist seine Aussicht, die ihm begegnenden feindlichen Kräfte in kurzer Zeit aus dem Felde zu schlagen, den Feind an der Aufstellung und Entwicklung weiterer Kräfte zu hindern und ihn vielleicht schon friedensbereit zu machen. Während die beiden Berufsheere um die erste Entscheidung kämpfen, beginnt währenddessen die **Aufstellung der Verteidigungskräfte des Landes.** Der im ersten Akt des Krieges „Siegreiche" wird versuchen, durch seine überlegene Bewaffnung, Ausbildung und Beweglichkeit diese ihm an Zahl überlegene, an Qualität unterlegene Masse nicht zur Entfaltung ihrer Kräfte, **vor allem nicht zur Bildung geschlossener Materialfront kommen zu lassen,** während ihm aus den eigenen Menschen- und Kräftereserven die Unterstützungen zugeführt werden, die er zur Aufrechterhaltung der eigenen Schlagkraft bedarf.

Ich sehe also, erklärte Seeckt zusammenfassend, **die Zukunft der Kriegführung in der Verwendung hochwertiger und bewegungsfähiger, also kleinerer Heere, deren Wirkung durch die Flugwaffe eine wesentliche Steigerung erfährt, und in der gleichzeitigen Bereitstellung der gesamten Wehrkraft der Nation,** sei es zur Nährung des Angriffes, sei es zur aufopfernden Verteidigung der Heimat.

Wie werden nun diese neuzeitlichen Heere, deren Notwendigkeit vorläufig noch unbestreitbar ist, aussehen? Das Friedensheer, das als Deckungsheer bezeichnet werden kann, besteht aus längere Zeit dienenden Berufssoldaten, möglichst aus Freiwilligen. Die Dienstzeit ist verschieden und richtet sich nach der Verwendung des Mannes, wobei hochwertige technische Ausbildung naturgemäß längere Dienstzeit erfordert, während an anderen Stellen möglichste Jugendfrische wünschenswert ist. **Die Größe dieses Heeres richtet sich nach den materiellen Mitteln des Staates, nach seiner militärisch-geographischen Lage, nach seiner Größe und muß mindestens die Sicherheit gegen überraschende feindliche Angriffe geben.** Neben und in engster Verbindung mit diesem Heer steht ein aus Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften zusammengesetzter Ausbildungsstamm. Seeckt gab dann weitere Einzelheiten darüber, wie nach seiner Meinung die Ausbildungs- und Bewegungsmöglichkeiten eines solchen Heeres zu regeln wären.

Der Verdon-Bauvertrag.

wb. Berlin. Bei dem von der Reparations-Kommission und dem Transfer-Comité verabschiedeten Verdon-Bauvertrag handelt es sich darum, daß der kleine Gebirgsfluß Verdon in den südfranzösischen Alpen reguliert und dort ein Staubecken angelegt werden soll, dessen Wasser zu einer Wasserkraft-Anlage für die Elektrizitäts-Erzeugung benutzt werden soll. Dieses Projekt ist bereits mehrere Jahre alt, aber die Ausführung scheiterte bisher, wie überhaupt die öffentlichen Arbeiten in Frankreich auf Reparationskonto, an der Finanzierungsfrage, da die Mittel dazu nicht aus den laufenden Reparationen zu entnehmen sind. Für solche Projekte, die jahrelang dauern und an denen die Industrie wie die Arbeiter interessiert sind, muß die Finanzierung zunächst von den Unternehmern vorgeschossen werden. Kurz vor seinem Auseinandergehen hat nun das Parlament in Paris durch ein Gesetz die Grundlage geschaffen, womit diese Pläne in die Tat umgesetzt werden können. Das Projekt erfordert 17 Millionen, von denen elf Millionen durch deutsche Sachlieferungen und durch Verwendung deutscher Arbeiter dem deutschen Volke zur Last fallen. Es werden 500 bis 600 deutsche Arbeiter dabei beschäftigt werden.

Festrede des General v. der Goltz in Hangö.

* **Helsingfors.** General von der Goltz hielt in Hangö eine Festrede im Namen der deutschen Finnlandkämpfer, in der er seiner Ueberzeugung Ausdruck gab, daß die so schwer erworbene Selbständigkeit Finnlands ewig bestehen bleiben werde. Er hoffe, daß Deutschland und Finnland in freundschaftlicher Verbindung bleiben werden, zum Wohle beider Staaten. Ein eindrucksvolles Bild bot das Spalier von 7000 Schulkindern, die zur Begrüßung des Generals finnländische und deutsche Fahnen schwenkten. Bei der Abfahrt des Generals hatte sich auf dem Bahnhof eine große Menschenmenge versammelt. Am 7. April findet die Erinnerungsfeier in Lowisca statt. Das Programm der großen Befreiungsfeier in Helsingfors sieht eine Feier auf dem Heldenfriedhof, ein Festbankett im Rathaus und eine Gala-Abendvorstellung im Opernhaus vor.

Die Regierungskrise in Bayern.

* **München.** (Telunion.) Der bayrische Bauernbund läßt heute in seiner Parteikorrespondenz die Forderung wiederholen, daß die bayrische Koalition sich auflöse und daß die Regierung auf der ihr nun fehlenden Mehrheit die Konsequenz des Rücktritts ziehe. Demgegenüber erklärt die bayrische Volkspartei-Korrespondenz, die Regierung sei keineswegs verpflichtet, nach dem Ausscheiden des Bauernbundes aus der Koalition zurückzutreten, oder von sich aus die Vertrauensfrage zu stellen. Sie sei als Minderheitsregierung solange eine vollwertige Staatsregierung, als sie vom Landtag kein Mißtrauensvotum erhalte. Die beiden Koalitionsparteien seien im übrigen nun vor die Frage gestellt, ob sie durch ein Mißtrauensvotum gegen den Bauernbund-Minister dessen Rücktritt erzwingen sollen.

Politisches Attentat in Jugoslawien.

)(**Belgrad.** Nach Meldungen aus Bitolia wurde in Ritschewo gegen den dortigen Vorstand der demokratischen Organisation Nikolitsch ein Revolverattentat verübt. Nikolitsch wurde schwer verwundet. Der Täter ist entkommen. Der Umstand, daß vor einigen Tagen ein ähnliches Attentat gegen den Demokraten Iwan Bojadschieff in Vriles verübt worden war, wobei Bojadschieff getötet wurde, hat in demokratischen Kreisen zu der Vermutung Anlaß gegeben, daß es sich in beiden Fällen um parteipolitische Racheakte handelt. Die Nachricht über das politische Attentat hat unter den Demokraten große Erregung hervorgerufen.

SLUB Wir führen Wissen.